Abend-Ausgabe

114. Jahrgang

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 227 | Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig | Dienstag, den 18. Mai | Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig | 1920

Ein neues Ministerium Nitti

Bonomi verzichtet auf die Kabinettsbildung

Nitti erneut mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Lugano, 18. Mai. (Drahtbericht.) Die Entschließung der katholischen Volkspartei zugunsten eines Ministeriums Bonomi ist von Bonomi als ungenügend erachtet worden, weil die Partei gleichzeitig es für nicht notwendig erklärt, daß sie sich mit eigenen Vertretern am Ministerium beteiligt. Infolgedessen hat Bonomi dem König das Mandat zur Kabinettsbildung zurückgegeben. Der König berief darauf zunächst de Nava zu sich und ersuchte, nachdem auch dieser auf das Mandat verzichtet, Nitti, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Nitti hat angenommen.

* * *

Nach dem „Secolo" ist Bonomi der Ansicht, daß infolge des Verhaltens der Katholiken die gegenwärtige parlamentarische Lage so ungünstig ist, daß keine Regierung mit der nötigen Ruhe weitgehende Reformen vorbereiten kann, da sie fortwährend durch die stärkste Parlamentsgruppe mit einem Angriff bedroht werde. Die Oeffentlichkeit glaubt, daß keine Regierung bis zum nächsten Herbst dauern kann, worauf dann die allgemeinen Neuwahlen unumgänglich notwendig wären.

„Giornale d'Italia" veröffentlicht eine Unterredung mit Giolitti, nach dessen Ansicht der Augenblick gekommen wäre, eine Zusammenarbeit zwischen Nitti und Giolitti zu versuchen. Giolitti habe die Möglichkeit und Fähigkeit, eine beruhigende und Reformpolitik zu verfolgen, Nitti könnte die Kontinuität der Außenpolitik sicherstellen. Aehnlich drückt sich Turati in seinen Zeitungsartikeln aus.

413000 : 321000

Das Abstimmungsverhältnis bei der Volksentscheidung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.

Bern, 18. Mai. (Drahtbericht.) Die gestrige Volksentscheidung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund hat an einem Haar gehangen: ein einziger Kanton mehr auf der Seite der Gegner und der Völkerbund war verworfen, denn die Entscheidung lag nicht nur bei den gesammelten Stimmen des Volkes, sondern auch bei den Kantonen, die gleichfalls eine Mehrheit ergeben mußten. Da es 22 Kantone sind, so betrug die Majorität 11½, und nicht weniger als 10½ Kantone haben den Völkerbund verworfen. Nach genauer Zählung haben sich für Annahme des Völkerbundes 413 000, dagegen 321 000 Stimmen entschieden. Das letzte Wort zugunsten des Völkerbundes wurde von den welschen Kantonen Waadt, Genf, Neuenburg, Wallis und Tessin gesprochen, die allein rund 150 000 annehmende gegen nur 22 000 verwerfende Stimmen aufbrachten. An der Spitze der Kantone, die mit einem Nein entschieden, marschiert Zürich. Von den Urkantonen haben Schwyz und Uri den Völkerbund verworfen. Basel und überraschenderweise Sankt Gallen sind auch bei den Gegnern, ferner Aargau, Schaffhausen, Solothurn und Glarus. Im Kanton Bern gaben die Bauern den Ausschlag zugunsten des Beitritts bei 65 000 Ja gegen 56 000 Nein, während die Bundeshauptstadt Bern selbst den Völkerbund ablehnte. Die Sozialdemokraten sind ziemlich geschlossen gegen den Völkerbund aufgetreten, und da, wo ihre Stimmen den Ausschlag gaben, wie vor allem in Zürich, Basel und in der Stadt Bern, wurde der Beitritt mit großer Majorität abgelehnt.

Millerand über die Beschlüsse von Hythe

120 Milliarden Goldmark Kriegsentschädigung?

Paris, 18. Mai. (Drahtbericht.) Ministerpräsident Millerand sagte dem Vertreter des „Matin" nach Schluß der Konferenz von Hythe, man sei übereingekommen, daß Deutschland nur nach Spa kommen solle, um Aufklärung zu geben, namentlich über die Nichtausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages. Man sei sich auch darin einig gewesen, daß man die Erläuterungen nicht abzuwarten brauche, die die deutsche Regierung den vereinigten Alliierten geben werde, um alle Maßnahmen zu treffen, die die interalliierten Kontrollkommissionen für nötig erachteten. Auch wegen der nicht ausgeführten wirtschaftlichen Klauseln wolle man die Konferenz von Spa nicht abwarten, um ihre Ausführung sicherzustellen. Dem Vertreter des „Journal" sagte Millerand, man wolle für die deutsche Entschädigung eine feste Summe festsetzen, damit die ehemaligen Feinde die Schwere ihrer Lasten erkennen, um sie zur baldigen Tilgung zu ermutigen. Der festgesetzte Betrag werde aber nur ein Minimum sein, unter das man nicht heruntergehen werde; die Tür bleibe aber für Erhöhungen offen, denn, wenn sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands im besonderen Maße verbessere, dann sei es nur gerecht, das auch die Alliierten Anteil an diesem Nutzen hätten.

Der Vertreter der „Agence Havas" in London hat über die Beratungen von Hythe erfahren, daß die Ministerpräsidenten an den 120 Milliarden Goldmark als von Deutschland zu bezahlende Entschädigungssumme festhielten, doch scheine kein Einverständnis über den Zahlungsmodus erzielt worden zu sein. — Für die Einzelheiten sollten die französischen und englischen Sachverständigen einen Entwurf ausarbeiten, der demnächst den alliierten Ministerpräsidenten in Ostende unterbreitet werden solle. Von der Entschädigungszahlung solle, wie bei den Friedensverhandlungen festgesetzt wurde, Frankreich 55 Prozent und England 25 Prozent erhalten.

Kreditabkommen zwischen den Alliierten

Bern, 18. Mai. (Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet, daß die Regelung der Schulden unter den Alliierten den Zahlungen entsprechen werde, die Deutschland macht. Wenn die deutschen Zahlungen sich auf mehrere Jahre verteilen, so verteilen sich auch die Zahlungen der alliierten Schuldner an die alliierten Gläubiger jenen deutschen Zahlungen entsprechend. Bleibt Deutschland z. B. zwei Jahre mit seinen Zahlungen im Verzug, so unterbrechen die alliierten Schuldner zwei Jahre ihre Zahlungen an die alliierten Gläubiger. Die „Daily Mail" sagt darüber: „Diese Regelung, die ein britisches Entgegenkommen gegen Frankreich ist, hat moralische und materielle Vorzüge, die auf der Hand liegen. Der britische Steuerzahler interessiert sich sehr lebhaft dafür, daß Deutschland rasch zahlt, da England seinerseits Schulden an die Vereinigten Staaten zu begleichen hat, die keinen Aufschub gewähren. Was die Internationale Finanzkonferenz anbetrifft, so wird sie wegen der Vertagung der Zusammenkunft von Spa auch vertagt werden, denn die Beschlüsse von Spa werden für Brüssel maßgebend sein.

Konflikt in der Grenzkommission für das Saargebiet

Saarbrücken, 18. Mai. (Drahtbericht.) Die Blätter melden: Die deutschen Mitglieder der Grenzkommission für das Saargebiet haben, wie zuverlässig verlautet, Vorbereitungen zu ihrer Abreise getroffen. Man glaubt daraus schließen zu dürfen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und Ententemitgliedern der Grenzkommission entstanden sind, und es hat den Anschein, daß entgegengesetzte Auslegungen des Sinnes des Friedensvertrages von Versailles den Grund dieser Meinungsverschiedenheiten bilden könnten.

Einspruch gegen die Einführung der Kronenwährung in der Nordmark

Berlin, 18. Mai. (Drahtber.) Die deutsche Regierung hat gegen die beabsichtigte Einführung der Kronenwährung in der ersten schleswigschen Abstimmungszone durch eine Note Protest eingelegt, die von dem deutschen Geschäftsträger in Paris und den deutschen Delegierten bei der internationalen Abstimmungskommission für Schleswig überreicht wurde. In der Note wird darauf hingewiesen, daß das Münzrecht, solange die erste Zone nicht endgültig Dänemark zugesprochen sei, unter die Hoheitsrechte falle, die bis zur endgültigen Entscheidung Deutschland zuständen. Die Einführung der Kronenwährung würde außerdem die wirtschaftliche Lage der in Mark bezahlten deutschen Beamten so außerordentlich erschweren, daß ihnen die Weiterführung der Geschäfte nicht zugemutet werden könnte. Im übrigen aber wird darauf hingewiesen, daß die internationale Kommission zurzeit ihrer Kopenhagener Vorarbeiten dem ihr zugeteilten deutschen Vertreter die Beibehaltung der Markwährung zugestanden und sich auch in ihrer Proklamation in gleichem Sinne ausgesprochen hatte.

Ablehnung der deutschen Protestnote über Eupen und Malmedy

Frankfurt, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Aus Rom meldet man der „Frankf. Ztg.": Die römische Tagung des Völkerbundes beschloß auf die deutsche Protestnote zu antworten, der Völkerbund sei nach Art. 34 nicht berechtigt, in das Abstimmungsverfahren von Eupen und Malmedy einzugreifen, sonder könne erst nach Ablauf eines halben Jahres nach Inkrafttreten des Vertrages die unter der belgischen Leitung erfolgte Abstimmung prüfen und danach seine Entscheidung treffen. Ferner sei der Völkerbund einstimmig in bezug auf die Zuweisung der Bahnlinie Rären—Kallenherberg.**

Die Entschädigung für die Generalstreiktage

Ablehnung des Verordnungsweges durch den Reichsrat.

Berlin, 18. Mai. (Drahtbericht.) Der Reichsrat hat in öffentlicher Sitzung einen Entwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste am Arbeitseinkommen anläßlich des Generalstreiks abgelehnt, nachdem der Vertreter Preußens erklärt hatte, daß der Reichsrat zur materiellen Prüfung der Vorlage im Wege der Gesetzgebung bereit sei. — Der Reichsrat stimmte der Errichtung eines Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium zu. Angenommen wurde u. a. der Entwurf eines Gesetzes über Entschädigungsansprüche verhafteter oder verurteilter Elsaß-Lothringer.

Die Arbeitskrisis in der Industrie

Jena, 18. Mai. (Drahtbericht.) Aus Weida wird gemeldet, daß in der Schuhfabrik von Selle sämtlichen Arbeitern und Beamten gekündigt worden ist. In der Weberei von Weihauer wurde allen Arbeiterinnen gekündigt, deren Männer mit auf Arbeit gehen. In der Jutespinnerei, in der Pfeiferschen Weberei und in der Dizschen Gerberei müssen ebenfalls die Frauen die Betriebe verlassen. Aus Unterwellenborn wird das Ausblasen des Hochofens auf der Maximilianshütte und die Kündigung von einigen 50 Arbeitern gemeldet. In Bürgel befinden sich die Arbeiter der Stockfabriken im Ausstand.

Bayerische Erfolge im Kampf gegen die Warenverschiebung

München, 18. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Zur Schließung des Loches im Westen hat Bayern eine großzügige Organisation durchgeführt, die den gesamten Verkehr zu Wasser und zu Lande strengstens überwacht. Der Erfolg ist außerordentlich. In wenigen Tagen konnten annähernd 200 Waggons Holz im Werte von Hunderttausenden von Mark, die nach Frankreich verschoben werden sollten, abgefangen werden, ferner Getreideschiebungen in großen Mengen unterbunden und viele Waggons Tabak, Leinen und anderes beschlagnahmt werden.

Der Prozeß gegen Räuber Hölz

△ **Dresden**, 18. Mai. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Die Meldung einiger Blätter, daß der Prozeß gegen den Räuber Hölz im Juli stattfinden werde, entspricht nicht der Wahrheit. Hölz befindet sich, wie wir an zuständiger Stelle hören, noch immer in Eger in Haft und wird sich erst vor den tschechoslowakischen Gerichten wegen verschiedener Vergehen zu verantworten haben. Wenn er dort seine Strafe abgebüßt hat, wird er an die sächsische Regierung ausgeliefert werden, die dann erst ihm den Prozeß machen kann. Im Juli wird nur der Prozeß gegen die Angehörigen der Hölzschen Bande in Dresden zur Verhandlung kommen.

Außenpolitik und Wahlen

G. M. Man macht unserer gegenwärtigen Außenpolitik vielfach den Vorwurf, daß ihr jede große Linie und jedes feste Programm fehle. Vielfach schweifen dabei die Blicke der Kritiker zurück in die Wilhelminische Zeit, wo zwar die politische Linie im Zickzack verlief und Programme keine praktische Bedeutung hatten, diese Mängel aber und die Unfähigkeit der Diplomatie (Versumpfung des ganzen auswärtigen Dienstes) durch die Entfaltung einer großen Macht glänzend verdeckt wurden. Bis es die Gegner eben auf die Probe mit dieser Macht ankommen ließen. Der Unterschied zwischen damals und heute fällt ohne weiteres in die Augen. Es fehlt uns alles, was wir unter Wilhelm II. besaßen: die Bewegungsfreiheit — unsere gegenwärtige Enge würde uns nicht einmal den Luxus eines Zickzackkurses gestatten —, die versteinerte Diplomatenzunft, der Machtfaktor, mit dem staatsmännisches Vermögen Erfolge nicht nur vorzutäuschen versteht. Es fehlt uns aber noch mehr: die Grundlage, auf der seinerzeit freie Gestaltung möglich war, und das Gleichgewicht der Lage. Wir schleppen eben die Kette eines verlorenen Krieges.

Nun machen eben dieselben Kritiker dem deutschen Volke vielfach den Vorwurf, den sie von einem englischen General gehört haben, daß es sein an der Front kämpfendes Heer von hinten erdolcht und daß die Revolution die beklagenswerte Entmachtung herbeigeführt habe, von der alles Unglück kam. Deutschnationale suchen jetzt wieder in Flugzetteln das Denkvermögen des Volkes festzuhalten bei englischen Zeugnissen dafür, daß die Deutschen nur wenige Tage vor der endgültigen Erschöpfung des Gegners die Nerven verloren hätten, womit sie aber doch die Frage anregen, welch frevle Spieler es denn auf jenen angeblichen Zufallsaugenblick ankommen ließen. Das Thema ist so oft angeschlagen worden, so oft gesprochen worden von der zu großen seelischen Belastung und körperlichen Entkräftung des geduldigsten und pflichtgetreuesten Volkes, von seiner falschen Behandlung durch eine psychologisch unerfahrene und unklugе Regierung, die, anders als Lloyd George, keine düstere Schilderung jemals wagte, sondern nur mit Versprechungen und Hoffnungen operierte, so oft die erdrückende feindliche Uebermacht dargestellt worden, daß wir uns von einer Wiederholung nichts versprechen. Es ist jedoch merkwürdig, wie bei jenen häufigen Debatten der wichtigste Umstand allmählich ganz vernachlässigt worden ist: der Zusammenbruch unserer Bundesgenossen. Ein Denkfehler aus dem Kriege. Wir hatten es nicht gelernt, „in Bundesgenossenschaften" zu denken und zu beachten, daß die Kraft und die Dauer unseres militärischen Widerstandes nicht nach dem stärksten, sondern nach dem schwächsten Partner zu bemessen war. Ende Oktober 1918, als der Mißerfolg unserer Offensive feststand, brach die Balkan- und österreichisch-ungarische Front zusammen. Selbst wenn es dann bei uns nicht zur Revolution gekommen, sondern das letzte nationale Aufgebot organisiert worden wäre, war unser Schicksal unabwendbar, waren wir dem Willen der Entente ausgeliefert. Kein realpolitischer Sinn wird das leugnen, in Anbetracht, daß wir nicht nur im Westen, sondern auch an der bayerischen, sächsischen, schlesischen, posenschen, west- und ostpreußischen Grenze angegriffen worden wären und daß die gegnerische Heeresmacht, durch Amerikas Teilnahme vornehmlich, durch den Beitritt der Tschechen zu unseren Feinden und die polnische Kriegslust, immer noch Verstärkung erfahren hätte. Das ist das Ausschlaggebende. Wir waren durch den jähen Wandel der militärischen Lage zur Machtlosigkeit verurteilt, und diese wiederum eröffnete den Weg nach Versailles. Es hing lediglich vom Willen der feindlichen Regierungen ab, ob wir ihn gehen mußten. Nach den heutigen Erfahrungen wird man wohl sagen können, daß keine Beredsamkeit und keine noch so große Staatskunst das Schicksal von Versailles hätte von uns abwenden können, weil es in der Entschlossenheit der westlichen Ententemächte lag und wir dieser nichts entgegenzusetzen hatten. Die Rechtsparteien sind stolz darauf, daß sie gegen den Friedensvertrag gestimmt haben; aber das Vorhandensein einer anders gerichteten Mehrheit nahm ihnen die Sorge um die praktischen Folgen ihrer Abstimmung, machte ihr Votum zu einer angenehmen Geste. Man hört jetzt vielfach im Wahlkampf die Meinung, daß man es damals ruhig zum weiteren Einmarsch in Deutschland hätte kommen lassen sollen, zumal Frankreich davon, wie die Besetzung Frankfurts beweise, doch nicht Abstand nähme. Dennoch ist auch dies nur eine oberflächliche Betrachtung. Zwischen einem militärischen Vorgehen im Frieden als Druckmittel und einem kriegerischen Einbruch ist ein Unterschied, den zu spüren uns zum Glück erspart geblieben ist. Es wird niemand von denen, die heute Kritik üben, die Feinde für besser halten als uns. Also werden sie nicht die Möglichkeit bestreiten können, daß eine Ablehnung der Versailler Bestimmungen uns ein Nordfrankreich innerhalb Deutschlands beschert hätte. Es sollte doch nicht vergessen werden, daß gerade die, denen ein solches Schicksal drohte, für die Unterzeichnung waren; daß aus allgemein menschlichen Gründen und im Interesse der Reichseinheit auf die Stimmen der aufs schwerste gefährdeten west- und süddeutschen Gebiete Rücksicht zu nehmen war. Und Nichtunterzeichnung wäre gleichfalls nur schwächlicher Widerstand gewesen. Mit ihr konnte nichts abgewendet werden, da uns aus dem militärischen Zusammenbruch nur die völlige Machtentblößung geblieben war. Von ihr sprechen die Kritiker nicht. Ganz im Gegenteil: sie werfen sogar das Stichwort einer „starken Politik" in den Wahlkampf.

Auch Professor Otto Hötzsch, der als Außenpolitiker immerhin Qualitäten besitzt, verfällt dieser Methode. Dabei ist auch er nicht in der Lage, über programmatische Erklärungen hinaus positive Mittel zur Durchführung einer starken Politik an die Hand zu geben. Auch er übersieht, daß die Nichtaufstellung eines Programms — Programm in dem Sinne, wie ihn die Rechtsparteien meinen — nicht ein Mangel der jetzigen Regierung ist, sondern sich aus den Faktoren Machtlosigkeit und Versailler Vertrag notwendig ergibt. Zur aktiven Politik mit völlig freier Entschlußkraft fehlt uns die reale Macht. Wir haben keine militärische mehr, die wir als Wertobjekt für Freundschaften und